

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**16.01.2023
HHA**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in
der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des
Haushaltsausschusses****Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251**Inhalt des Antrags: **Erhöhung der Personalstellen im Bereich Immissionsschutz**Einzelplan **03** **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 14 Bezeichnung Regierungspräsidium Darmstadt

Produktnummer 939 Bezeichnung Abfallwirtschaft, Immissionsschutz

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produktterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	20.746.700	150.000	20.896.700
14	Summe Aufwendungen	20.677.900	150.000	20.827.900

Liquidität				
Einnahmen		20.886.700	150.000	21.036.700
Ausgaben		20.346.400	150.000	20.496.400

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktserfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	20.795.600	210.000	21.005.600
14	Summe Aufwendungen	20.726.800	210.000	20.936.800
Liquidität				
Einnahmen		21.015.600	210.000	21.225.600
Ausgaben		20.368.600	210.000	20.578.600

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Veränderungen im Stellenplan 2023 und 2024

Bes.Gr.

A 12 (002) (Technische/r Amtsrat/-rätin von 89 um +1 auf 90

A 15 (034) (Technische/r Direktor/in von 50 um +2 auf 52

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

In den Jahren 2020 - 2022 hat die Anzahl an eingegangenen Genehmigungsanträgen coronabedingt abgenommen. Dem dadurch bedingten Investitionsstau bei den Firmen wurde durch eine vermehrte Erstellung von Genehmigungsanträgen in 2022 begegnet. Im Bereich des RP Darmstadt liegen neben einer Vielzahl kleinerer Unternehmen auch große und komplexe Chemiebetriebe der Firmen Merck, BASF, Galata, Röhm und Evonik. Eine sachgerechte Bearbeitung von Anträgen zur Herstellung chemischer und pharmazeutischer Produkte erfordert hohen Fachverstand, um die komplexen Verfahren und die mit chemischen Prozessen i.d.R. verbundenen Störfallproblematik beurteilen zu können. Allein die Fa. Merck plant bis 2025 1,5 Mrd. Euro am Standort Darmstadt in neue Forschungs- und Produktionsanlagen zu investieren, so dass nach eigenen Angaben der Firma in den nächsten drei Jahren mindestens 29 Anträge zum Ausbau des Standorts Darmstadt zum Global Headquarter eingereicht werden sollen. Da es sich bei Chemieanlagen grundsätzlich um Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung handelt, erhöht dies den Aufwand für die Durchführung dieser Verfahren zusätzlich.

Darüber hinaus kommt es aufgrund befürchteter Unsicherheiten in der Energieversorgung (Fuel Switch) und den beschleunigten Transformationsprozessen im Energie- und Industriesektor (u.a. Windenergieanlagen, Wasserstofftechnologie) beim Regierungspräsidium Darmstadt zu einer weiteren Erhöhung des Aufkommens immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren. Selbst unter Berücksichtigung der Initiativen der Bundesregierung zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bleibt auch weiterhin der materiell-rechtliche Umfang der Prüfung zur Einhaltung des öffentlichen Rechts bestehen. In dieser extrem schwierigen Zeit müssen sich die Betriebe in Hessen auf die zügige und fristgerechte Abwicklung von Genehmigungsverfahren verlassen können. Zur beschleunigten Durchführung der Genehmigungsverfahren ist das Regierungspräsidium Darmstadt dringend personell zu stärken.

Siehe auch Änderungsantrag „Erhöhung der Personalstellen im Bereich Immissionsschutz beim RP Darmstadt“ bei Kapitel 09 01Produkt 004.

Wiesbaden, 16.01.2023

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)